

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen

A. Zielsetzung

In Anpassung an die internationale Rechtsentwicklung und zur Verbesserung der Haftung in der Seeschifffahrt soll das Protokoll von 1996 zur Änderung dieses Übereinkommens innerstaatlich zur Geltung gebracht werden.

B. Lösung

Das Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen wird von der Bundesrepublik Deutschland schnellstmöglich ratifiziert. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Protokolls von 1996 für die Bundesrepublik Deutschland wird das derzeit geltende Übereinkommen von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen gekündigt. Durch die Ersetzung des Übereinkommens von 1976 durch das Protokoll von 1996 wird sichergestellt, dass in Deutschland für die Seeschifffahrt nur ein einziges allgemeines Haftungsbeschränkungsregime gilt und keinerlei völkerrechtliche Verpflichtungen mehr bestehen, niedrigere als die im Protokoll von 1996 vorgesehenen Haftungssummen anzuwenden.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 07. 02. 00

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Es entsteht kein Vollzugaufwand.

E. Sonstige Kosten

Die vorgesehene Erhöhung der Haftungshöchstbeträge wird Kostenverlagerungen innerhalb der betroffenen Wirtschaftskreise (Schiffeigentümer, Verlager) zur Folge haben, weil die Haftungs- und Schadensrisiken sich verändern und daher um anderen Versicherungsschutz nachgesucht werden wird. So verlagert die Erhöhung der Haftungshöchstbeträge die im Einzelfall entstehenden Schadenskosten weitergehend als bisher auf den haftpflichtigen Verursacher des Schadens. Andererseits wird der Geschädigte entlastet, da die ihm zur Last fallenden Aufwendungen zur Schadensdeckung, z.B. die Prämien für eine Transportversicherung, entsprechend gemindert werden können. Zudem kann sich die Erhöhung der Haftung, da sie zusätzliche Anreize zur Schadensvermeidung schafft, wegen ihrer präventiven Wirkung kostendämpfend auswirken.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll von 1996
zur Änderung des Übereinkommens von 1976
über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (131) – 430 00 – Üb 107/99

Berlin, den 27. Dezember 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

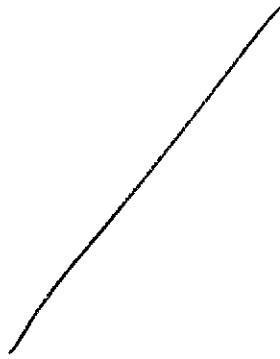
Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Gerhard Schröder

717/99



Entwurf
Gesetz
zu dem Protokoll von 1996
zur Änderung des Übereinkommens von 1976
über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 25. April 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (BGBl. 1986 II S. 786) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die gemäß Artikel 8 des Protokolls von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen beschlossenen Änderungen der Haftungshöchstbeträge in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Das Bundesministerium der Justiz kann den Wortlaut des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen in der durch das Protokoll von 1996 zur Änderung dieses Übereinkommens geänderten Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen nach seinem Artikel 11 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung soll eine kurzfristige innerstaatliche Umsetzung einer völkerrechtlich wirksam beschlossenen Erhöhung der Haftungshöchstbeträge ermöglichen. Das Protokoll sieht ein vereinfachtes Verfahren zur Änderung der Haftungshöchstbeträge innerhalb näher festgelegter Grenzen vor. Diese Änderungen sind grundsätzlich nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zu behandeln. Im Hinblick auf die im völkerrechtlichen Änderungsverfahren vorgesehenen relativ kurzen Fristen ist es jedoch erforderlich und zur Entlastung der gesetzgebenden Körperschaften auch zweckmäßig, das innerstaatliche Umsetzungsverfahren ebenfalls zu vereinfachen. Der Gegenstand der Änderung ist durch die Verweisung auf die entsprechende Vorschrift des Protokolls mit den dort geregelten Bestimmungen über Voraussetzungen und Umfang möglicher Änderungen nach Inhalt, Zweck und Ausmaß hinreichend bestimmt.

Zu Artikel 3

Die Veröffentlichung der künftig geltenden geänderten Fassung des Haftungsbeschränkungsübereinkommens im Bundesgesetzblatt soll die Rechtsanwendung erleichtern.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Änderungsprotokoll von 1996 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden kann das vorgeschlagene Gesetz allenfalls insoweit zusätzliche Kosten mit sich bringen, als bei einem durch ein Staatsschiff verursachten Schaden wegen der auch für dieses gemäß Artikel 7 Abs. 1 EGHGB geltenden höheren Haftungshöchstbeträge eine höhere Haftung als bisher entstehen kann. Insgesamt gesehen ist jedoch mit einer deutlichen Entlastung der öffentlichen Haushalte zu rechnen. Denn durch die Anhebung der Haftungshöchstbeträge wird die Durchsetzung von Ersatz- und Rückgriffsansprüchen der öffentlichen Hand in erheblich größerem Umfang möglich sein als bisher.

Für die betroffenen Unternehmen können zusätzliche Kosten entstehen, die im Einzelfall zu einer Erhöhung von Einzelpreisen führen können. Denn die vorgesehene Erhöhung der Haftungsbeträge verlagert die im Einzelfall entstehenden Schadenskosten weitergehend als bisher auf den Schiffseigentümer. Eine solche Verlagerung des Schadensrisikos wird sich wegen ihres präventiven Charakters trotz vermutlich steigender Versicherungsprämien aber insgesamt eher preisdämpfend auswirken. Im übrigen hat die höhere Haftung des Schiffseigentümers zugleich eine wirtschaftliche Entlastung des Geschädigten zur Folge, da die Letzterem zur Last fallenden Aufwendungen zur Schadensdeckung, z.B. die Prämien für eine Transportversicherung, entsprechend gemindert werden. Auswirkungen auf das Preisniveau sind daher nicht zu erwarten. Wegen der präventiven Wirkung der erhöhten Haftung sind dagegen tendenziell positive Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten.

Protokoll von 1996
zur Änderung des Übereinkommens von 1976
über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen

Protocol of 1996
to Amend the Convention on Limitation
of Liability for Maritime Claims, 1976

Protocole de 1996
modifiant la Convention de 1976
sur la limitation de la responsabilité en matière de créances maritimes

(Übersetzung)

The Parties to the present Protocol,

Les Parties au présent Protocole,

Die Vertragsparteien dieses Protokolls –

Considering that it is desirable to amend the Convention on Limitation of Liability for Maritime Claims, done at London on 19 November 1976, to provide for enhanced compensation and to establish a simplified procedure for updating the limitation amounts,

Considérant qu'il est souhaitable de modifier la Convention sur la limitation de la responsabilité en matière de créances maritimes, faite à Londres le 19 novembre 1976, afin d'offrir une indemnisation accrue et d'établir une procédure simplifiée pour la mise à jour des montants de limitation,

in der Erwägung, daß es wünschenswert ist, das am 19. November 1976 in London beschlossene Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen dahin gehend zu ändern, daß es einen weitergehenden Schadenersatz und ein vereinfachtes Verfahren zur Anpassung der Höchstbeträge vorsieht –

Have agreed as follows:

Sont convenues de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

For the purposes of this Protocol:

Article 1

Au sens du présent Protocole,

Artikel 1

Im Sinne dieses Protokolls

1. "Convention" means the Convention on Limitation of Liability for Maritime Claims, 1976.
2. "Organization" means the International Maritime Organization.
3. "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

1. «Convention» signifie la Convention de 1976 sur la limitation de la responsabilité en matière de créances maritimes.
2. «Organisation» signifie l'Organisation maritime internationale.
3. «Secrétaire général» signifie le Secrétaire général de l'Organisation.

1. bedeutet „Übereinkommen“ das Übereinkommen von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen;
2. bedeutet „Organisation“ die Internationale Seeschifffahrts-Organisation;
3. bedeutet „Generalsekretär“ den Generalsekretär der Organisation.

Article 2

Article 3, subparagraph (a) of the Convention is replaced by the following text:

Article 2

L'alinéa a) de l'article 3 de la Convention est remplacé par le texte ci-après:

Artikel 2

Artikel 3 Buchstabe a des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- (a) claims for salvage, including, if applicable, any claim for special compensation under article 14 of the International Convention on Salvage 1989, as amended, or contribution in general average;

- a) aux créances du chef d'assistance ou de sauvetage, y compris, dans les cas applicables, toute créance pour une indemnité spéciale en vertu de l'article 14 de la Convention internationale de 1989 sur l'assistance, telle que modifiée, ou aux créances du chef de contribution en avarie commune;

- a) Ansprüche aus Bergung oder Hilfeleistung, einschließlich gegebenenfalls Ansprüchen auf Sondervergütung nach Artikel 14 des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung in der jeweils geltenden Fassung, oder Ansprüche aus Beitragsleistung zur großen Haverei;

Article 3

Article 6, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

Article 3

Le paragraphe 1 de l'article 6 de la Convention est remplacé par le texte ci-après:

Artikel 3

Artikel 6 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

1. The limits of liability for claims other than those mentioned in article 7, arising on any distinct occasion, shall be calculated as follows:

1. Les limites de la responsabilité à l'égard des créances autres que celles mentionnées à l'article 7, nées d'un même événement, sont fixées comme suit:

- (1) Die Haftungshöchstbeträge für andere als die in Artikel 7 angeführten Ansprüche, die aus demselben Ereignis entstanden sind, errechnen sich wie folgt:

- (a) in respect of claims for loss of life or personal injury,

- a) s'agissant des créances pour mort ou lésions corporelles,

- a) für Ansprüche wegen Tod oder Körperverletzung;

- | | | |
|---|---|--|
| <p>(i) 2 million Units of Account for a ship with a tonnage not exceeding 2,000 tons;</p> <p>(ii) for a ship with a tonnage in excess thereof, the following amount in addition to that mentioned in (i):</p> <p>for each ton from 2,001 to 30,000 tons, 800 Units of Account;</p> <p>for each ton from 30,001 to 70,000 tons, 600 Units of Account; and</p> <p>for each ton in excess of 70,000 tons, 400 Units of Account;</p> | <p>i) à 2 millions d'unités de compte pour un navire dont la jauge ne dépasse pas 2 000 tonneaux;</p> <p>ii) pour un navire dont la jauge dépasse le chiffre ci-dessus, au montant suivant, qui vient s'ajouter au montant indiqué à l'alinéa i):</p> <p>pour chaque tonneau de 2 001 à 30 000 tonneaux, 800 unités de compte;</p> <p>pour chaque tonneau de 30 001 à 70 000 tonneaux, 600 unités de compte; et</p> <p>pour chaque tonneau au-dessus de 70 000 tonneaux, 400 unités de compte;</p> | <p>i) für ein Schiff mit einem Raumgehalt bis zu 2 000 Tonnen 2 Millionen Rechnungseinheiten;</p> <p>ii) für ein Schiff mit einem darüber hinausgehenden Raumgehalt erhöht sich der unter Ziffer i genannte Betrag wie folgt:</p> <p>800 Rechnungseinheiten je Tonne von 2 001 bis 30 000 Tonnen;</p> <p>600 Rechnungseinheiten je Tonne von 30 001 bis 70 000 Tonnen und</p> <p>400 Rechnungseinheiten je Tonne über 70 000 Tonnen;</p> |
| <p>(b) in respect of any other claims,</p> <p>(i) 1 million Units of Account for a ship with a tonnage not exceeding 2,000 tons;</p> <p>(ii) for a ship with a tonnage in excess thereof, the following amount in addition to that mentioned in (i):</p> <p>for each ton from 2,001 to 30,000 tons, 400 Units of Account;</p> <p>for each ton from 30,001 to 70,000 tons, 300 Units of Account; and</p> <p>for each ton in excess of 70,000 tons, 200 Units of Account.</p> | <p>b) s'agissant de toutes les autres créances,</p> <p>i) à 1 million d'unités de compte pour un navire dont la jauge ne dépasse pas 2 000 tonneaux;</p> <p>ii) pour un navire dont la jauge dépasse le chiffre ci-dessus, au montant suivant, qui vient s'ajouter au montant indiqué à l'alinéa i):</p> <p>pour chaque tonneau de 2 001 à 30 000 tonneaux, 400 unités de compte;</p> <p>pour chaque tonneau de 30 001 à 70 000 tonneaux, 300 unités de compte; et</p> <p>pour chaque tonneau au-dessus de 70 000 tonneaux, 200 unités de compte.</p> | <p>b) für sonstige Ansprüche:</p> <p>i) für ein Schiff mit einem Raumgehalt bis zu 2 000 Tonnen 1 Million Rechnungseinheiten;</p> <p>ii) für ein Schiff mit einem darüber hinausgehenden Raumgehalt erhöht sich der unter Ziffer i genannte Betrag wie folgt:</p> <p>400 Rechnungseinheiten je Tonne von 2 001 bis 30 000 Tonnen;</p> <p>300 Rechnungseinheiten je Tonne von 30 001 bis 70 000 Tonnen und</p> <p>200 Rechnungseinheiten je Tonne über 70 000 Tonnen.</p> |

Article 4

Article 7, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

1. In respect of claims arising on any distinct occasion for loss of life or personal injury to passengers of a ship, the limit of liability of the shipowner thereof shall be an amount of 175,000 Units of Account multiplied by the number of passengers which the ship is authorized to carry according to the ship's certificate.

Article 5

Article 8, paragraph 2 of the Convention is replaced by the following text:

2. Nevertheless, those States which are not members of the International Monetary Fund and whose law does not permit the application of the provisions of paragraph 1 may, at the time of signature without reservation as to ratification, acceptance or approval or at the time of ratification, acceptance, approval or accession or at any time thereafter, declare that the limits of liability provided for in this Convention to be applied in their territories shall be fixed as follows:

Article 4

Le paragraphe 1 de l'article 7 de la Convention est remplacé par le texte ci-après:

1. Dans le cas de créances résultant de la mort ou de lésions corporelles des passagers d'un navire et nées d'un même événement, la limite de la responsabilité du propriétaire du navire est fixée à un montant de 175 000 unités de compte multiplié par le nombre de passagers que le navire est autorisé à transporter conformément à son certificat.

Article 5

Le paragraphe 2 de l'article 8 de la Convention est remplacé par le texte ci-après:

2. Toutefois, les Etats qui ne sont pas membres du Fonds monétaire international et dont la législation ne permet pas d'appliquer les dispositions du paragraphe 1 peuvent, au moment de la signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, ou au moment de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, ou encore à tout moment par la suite, déclarer que les limites de la responsabilité prévues dans la présente Convention et applicables sur leur territoire sont fixées comme suit:

Artikel 4

Artikel 7 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Bei aus demselben Ereignis entstandenen Ansprüchen wegen des Todes oder der Körperverletzung von Reisenden eines Schiffes haftet der Schiffseigentümer bis zu einem Betrag von 175 000 Rechnungseinheiten multipliziert mit der Anzahl der Reisenden, die das Schiff nach dem Schiffszeugnis befördern darf.

Artikel 5

Artikel 8 Absatz 2 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(2) Dessen ungeachtet können die Staaten, die nicht Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind und deren Recht die Anwendung des Absatzes 1 nicht zuläßt, bei der Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder bei der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt oder jederzeit danach erklären, daß die in ihren Hoheitsgebieten geltenden Haftungshöchstbeträge dieses Übereinkommens wie folgt festgesetzt werden:

- | | | |
|---|--|--|
| <p>(a) in respect of article 6, paragraph 1(a), at an amount of:</p> <p>(i) 30 million monetary units for a ship with a tonnage not exceeding 2,000 tons;</p> <p>(ii) for a ship with a tonnage in excess thereof, the following amount in addition to that mentioned in (i):</p> <p>for each ton from 2,001 to 30,000 tons, 12,000 monetary units;</p> <p>for each ton from 30,001 to 70,000 tons, 9,000 monetary units; and</p> <p>for each ton in excess of 70,000 tons, 6,000 monetary units; and</p> | <p>a) en ce qui concerne l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 6:</p> <p>i) à 30 millions d'unités monétaires pour un navire dont la jauge ne dépasse pas 2 000 tonneaux;</p> <p>ii) pour un navire dont la jauge dépasse le chiffre ci-dessus, au montant suivant, qui vient s'ajouter au montant indiqué à l'alinéa i):</p> <p>pour chaque tonneau de 2 001 à 30 000 tonneaux, 12 000 unités monétaires;</p> <p>pour chaque tonneau de 30 001 à 70 000 tonneaux, 9 000 unités monétaires; et</p> <p>pour chaque tonneau au-dessus de 70 000 tonneaux, 6 000 unités monétaires; et</p> | <p>a) bezüglich Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a auf folgende Beträge:</p> <p>i) für ein Schiff mit einem Raumgehalt bis zu 2 000 Tonnen 30 Millionen Werteinheiten;</p> <p>ii) für ein Schiff mit einem darüber hinausgehenden Raumgehalt erhöht sich der unter Ziffer i genannte Betrag wie folgt:</p> <p>12 000 Werteinheiten je Tonne von 2 001 bis 30 000 Tonnen;</p> <p>9 000 Werteinheiten je Tonne von 30 001 bis 70 000 Tonnen und</p> <p>6 000 Werteinheiten je Tonne über 70 000 Tonnen und</p> |
| <p>(b) in respect of article 6, paragraph 1(b), at an amount of:</p> <p>(i) 15 million monetary units for a ship with a tonnage not exceeding 2,000 tons;</p> <p>(ii) for a ship with a tonnage in excess thereof, the following amount in addition to that mentioned in (i):</p> <p>for each ton from 2,001 to 30,000 tons, 6,000 monetary units;</p> <p>for each ton from 30,001 to 70,000 tons, 4,500 monetary units; and</p> <p>for each ton in excess of 70,000 tons, 3,000 monetary units; and</p> | <p>b) en ce qui concerne l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 6:</p> <p>i) à 15 millions d'unités monétaires pour un navires dont la jauge ne dépasse pas 2 000 tonneaux;</p> <p>ii) pour un navire dont la jauge dépasse le chiffre ci-dessus, au montant suivant, qui vient s'ajouter au montant indiqué à l'alinéa i):</p> <p>pour chaque tonneau de 2 001 à 30 000 tonneaux, 6 000 unités monétaires;</p> <p>pour chaque tonneau de 30 001 à 70 000 tonneaux, 4 500 unités monétaires; et</p> <p>pour chaque tonneau au-dessus de 70 000 tonneaux, 3 000 unités monétaires; et</p> | <p>b) bezüglich Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b auf folgende Beträge:</p> <p>i) für ein Schiff bis zu 2 000 Tonnen 15 Millionen Werteinheiten;</p> <p>ii) für ein Schiff mit einem darüber hinausgehenden Raumgehalt erhöht sich der unter Ziffer i genannte Betrag wie folgt:</p> <p>6 000 Werteinheiten je Tonne von 2 001 bis 30 000 Tonnen;</p> <p>4 500 Werteinheiten je Tonne von 30 001 bis 70 000 Tonnen und</p> <p>3 000 Werteinheiten je Tonne über 70 000 Tonnen und</p> |
| <p>(c) in respect of article 7, paragraph 1, at an amount of 2,625,000 monetary units multiplied by the number of passengers which the ship is authorized to carry according to its certificate.</p> | <p>c) en ce qui concerne le paragraphe 1 de l'article 7, à un montant de 2 625 000 unités monétaires multiplié par le nombre de passagers que le navire est autorisé à transporter conformément à son certificat.</p> | <p>c) bezüglich Artikel 7 Absatz 1 auf einen Betrag von 2 625 000 Werteinheiten multipliziert mit der Anzahl der Reisenden, die das Schiff nach seinem Schiffszeugnis befördern darf.</p> |

Paragraphs 2 and 3 of article 6 apply correspondingly to subparagraphs (a) and (b) of this paragraph.

Les paragraphes 2 et 3 de l'article 6 s'appliquent en conséquence aux alinéas a) et b) du présent paragraphe.

Artikel 6 Absätze 2 und 3 findet auf die Buchstaben a und b dieses Absatzes entsprechende Anwendung.

Article 6

The following text is added as paragraph 3^{bis} in article 15 of the Convention:

3^{bis} Notwithstanding the limit of liability prescribed in paragraph 1 of article 7, a State Party may regulate by specific provisions of national law the system of liability to be applied to claims for loss of life or personal injury to passengers of a ship, provided that the limit of liability is not lower than that prescribed in paragraph 1 of article 7. A State Party which makes use of the option provided for in this paragraph shall inform the Secretary-General of the limits of liability adopted or of the fact that there are none.

Article 6

Le texte suivant est ajouté en tant que paragraphe 3^{bis} à l'article 15 de la Convention:

3^{bis} Nonobstant la limite de la responsabilité prescrite au paragraphe 1 de l'article 7, un Etat Partie peut stipuler aux termes de dispositions expresses de sa législation nationale quel régime de responsabilité s'applique aux créances pour mort ou lésions corporelles des passagers d'un navire, sous réserve que la limite de la responsabilité ne soit pas inférieure à celle prescrite au paragraphe 1 de l'article 7. Un Etat Partie qui fait usage de la faculté prévue au présent paragraphe notifie au Secrétaire général les limites de la responsabilité adoptées ou le fait que de telles limites ne sont pas prévues.

Artikel 6

In Artikel 15 des Übereinkommens wird folgender Wortlaut als Absatz 3^{bis} eingefügt:

(3^{bis}) Ungeachtet des in Artikel 7 Absatz 1 vorgeschriebenen Haftungshöchstbetrags kann ein Vertragsstaat durch besondere Vorschriften des innerstaatlichen Rechts die Haftung für Ansprüche wegen des Todes oder der Körperverletzung von Reisenden eines Schiffes regeln, sofern der Haftungshöchstbetrag nicht unter dem in Artikel 7 Absatz 1 vorgeschriebenen Betrag liegt. Ein Vertragsstaat, der von der in diesem Absatz vorgesehene Möglichkeit Gebrauch macht, hat dem Generalsekretär die beschlossenen Haftungshöchstbeträge mitzuteilen oder ihn zu unterrichten, daß es solche Höchstbeträge nicht gibt.

Article 7

Article 18, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

1. Any State may, at the time of signature, ratification, acceptance, approval or accession, or at any time thereafter, reserve the right:

- (a) to exclude the application of article 2, paragraphs 1 (d) and (e);
- (b) to exclude claims for damage within the meaning of the International Convention on Liability and Compensation for Damage in Connection with the Carriage of Hazardous and Noxious Substances by Sea, 1996 or of any amendment or protocol thereto.

No other reservations shall be admissible to the substantive provisions of this Convention.

Article 7

Le paragraphe 1 de l'article 18 de la Convention est remplacé par ce qui suit:

1. Tout Etat peut, lors de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, ou à tout moment par la suite, se réserver le droit:

- a) d'exclure l'application des alinéas d) et e) du paragraphe 1 de l'article 2,
- b) d'exclure les créances pour dommages au sens de la Convention internationale de 1996 sur la responsabilité et l'indemnisation pour les dommages liés au transport par mer de substances nocives et potentiellement dangereuses ou de tout amendement ou protocole y relatif.

Aucune autre réserve portant sur une question de fond de la présente Convention n'est recevable.

Artikel 7

Artikel 18 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Jeder Staat kann sich im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder des Beitritts oder jederzeit danach das Recht vorbehalten,

- a) die Anwendung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstaben d und e auszuschließen;
- b) die Ansprüche wegen Schäden im Sinne des Internationalen Übereinkommens von 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung gefährlicher und schädlicher Stoffe auf See oder einer Änderung des Übereinkommens oder eines Protokolls zu dem Übereinkommen auszuschließen.

Andere Vorbehalte zu den materiellen Bestimmungen dieses Übereinkommens sind nicht zulässig.

Article 8
Amendment
of limits

1. Upon the request of at least one half, but in no case less than six, of the States Parties to this Protocol, any proposal to amend the limits specified in article 6, paragraph 1, article 7, paragraph 1 and article 8, paragraph 2 of the Convention as amended by this Protocol shall be circulated by the Secretary-General to all Members of the Organization and to all Contracting States.

2. Any amendment proposed and circulated as above shall be submitted to the Legal Committee of the Organization (the Legal Committee) for consideration at a date at least six months after the date of its circulation.

3. All Contracting States to the Convention as amended by this Protocol, whether or not Members of the Organization, shall be entitled to participate in the proceedings of the Legal Committee for the consideration and adoption of amendments.

4. Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Contracting States to the Convention as amended by this Protocol present and voting in the Legal Committee expanded as provided for in paragraph 3, on condition that at least one half of the Contracting States to the Convention as amended by this Protocol shall be present at the time of voting.

5. When acting on a proposal to amend the limits, the Legal Committee shall take into account the experience of incidents and, in particular, the amount of damage

Article 8
Modification
des limites

1. A la demande d'au moins la moitié et, en tout cas, d'un minimum de six des Etats Parties au présent Protocole, toute proposition visant à modifier les limites prévues au paragraphe 1 de l'article 6, au paragraphe 1 de l'article 7 et au paragraphe 2 de l'article 8 de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole, est diffusée par le Secrétaire général à tous les Membres de l'Organisation et à tous les Etats contractants.

2. Tout amendement proposé et diffusé suivant la procédure ci-dessus est soumis au Comité juridique de l'Organisation (le Comité juridique) pour que ce dernier l'examine six mois au moins après la date à laquelle il a été diffusé.

3. Tous les Etats contractants à la Convention telle que modifiée par le présent Protocole, qu'ils soient ou non Membres de l'Organisation, sont autorisés à participer aux délibérations du Comité juridique en vue d'examiner et d'adopter les amendements.

4. Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Etats contractants à la Convention telle que modifiée par le présent Protocole, présents et votants au sein du Comité juridique, élargi conformément au paragraphe 3, à condition que la moitié au moins des Etats contractants à la Convention telle que modifiée par le présent Protocole soient présents au moment du vote.

5. Lorsqu'il se prononce sur une proposition visant à modifier les limites, le Comité juridique tient compte de l'expérience acquise en matière d'événements et, en

Artikel 8
Änderungen
der Haftungshöchstbeträge

(1) Auf Ersuchen von mindestens der Hälfte und keinesfalls weniger als sechs Staaten, die Vertragsparteien dieses Protokolls sind, wird jeder Vorschlag zur Änderung der Haftungshöchstbeträge, die in Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 2 des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung vorgesehen sind, vom Generalsekretär allen Mitgliedern der Organisation und allen Vertragsstaaten übermittelt.

(2) Jede vorgeschlagene und auf die obige Weise übermittelte Änderung wird dem Rechtsausschuß der Organisation (Rechtsausschuß) frühestens sechs Monate nach dem Tag der Übermittlung zur Beratung vorgelegt.

(3) Alle Vertragsstaaten des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung, gleichviel ob sie Mitglieder der Organisation sind oder nicht, sind berechtigt, an dem Verfahren des Rechtsausschusses zur Beratung von Änderungen und zur Beschlußfassung darüber teilzunehmen.

(4) Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung beschlossen, die in dem nach Absatz 3 erweiterten Rechtsausschuß anwesend sind und an der Abstimmung teilnehmen, vorausgesetzt, daß mindestens die Hälfte der Vertragsstaaten des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung bei der Abstimmung anwesend ist.

(5) Bei der Beratung eines Vorschlags zur Änderung der Höchstbeträge berücksichtigt der Rechtsausschuß die aus den Ereignissen gewonnenen Erfahrungen und ins-

resulting therefrom, changes in the monetary values and the effect of the proposed amendment on the cost of insurance.

6.

(a) No amendment of the limits under this article may be considered less than five years from the date on which this Protocol was opened for signature nor less than five years from the date of entry into force of a previous amendment under this article.

(b) No limit may be increased so as to exceed an amount which corresponds to the limit laid down in the Convention as amended by this Protocol increased by six per cent per year calculated on a compound basis from the date on which this Protocol was opened for signature.

(c) No limit may be increased so as to exceed an amount which corresponds to the limit laid down in the Convention as amended by this Protocol multiplied by three.

7. Any amendment adopted in accordance with paragraph 4 shall be notified by the Organization to all Contracting States. The amendment shall be deemed to have been accepted at the end of a period of eighteen months after the date of notification, unless within that period not less than one-fourth of the States that were Contracting States at the time of the adoption of the amendment have communicated to the Secretary-General that they do not accept the amendment, in which case the amendment is rejected and shall have no effect.

8. An amendment deemed to have been accepted in accordance with paragraph 7 shall enter into force eighteen months after its acceptance.

9. All Contracting States shall be bound by the amendment, unless they denounce this Protocol in accordance with paragraphs 1 and 2 of article 12 at least six months before the amendment enters into force. Such denunciation shall take effect when the amendment enters into force.

10. When an amendment has been adopted but the eighteen-month period for its acceptance has not yet expired, a State which becomes a Contracting State during that period shall be bound by the amendment if it enters into force. A State which becomes a Contracting State after that period shall be bound by an amendment which has been accepted in accordance with paragraph 7. In the cases referred to in this paragraph, a State becomes bound by an amendment when that amendment

particulier, du montant des dommages qui en résultent, des fluctuations de la valeur des monnaies et de l'incidence de l'amendement proposé sur le coût des assurances.

6.

a) Aucun amendement visant à modifier les limites en vertu du présent article ne peut être examiné avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle le présent Protocole a été ouvert à la signature, ni d'un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur d'un amendement antérieur adopté en vertu du présent article.

b) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant à la limite fixée dans la Convention telle que modifiée par le présent Protocole majorée de six pour cent par an, en intérêt composé, à compter de la date à laquelle le présent Protocole a été ouvert à la signature.

c) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant au triple de la limite fixée dans la Convention telle que modifiée par le présent Protocole.

7. Tout amendement adopté conformément au paragraphe 4 est notifié par l'Organisation à tous les Etats contractants. L'amendement est réputé avoir été accepté à l'expiration d'un délai de dix-huit mois après la date de sa notification, à moins que, durant cette période, un quart au moins des Etats qui étaient des Etats contractants au moment de l'adoption de l'amendement ne fassent savoir au Secrétaire général qu'ils ne l'acceptent pas, auquel cas l'amendement est rejeté et n'a pas d'effet.

8. Un amendement réputé avoir été accepté conformément au paragraphe 7 entre en vigueur dix-huit mois après son acceptation.

9. Tous les Etats contractants sont liés par l'amendement, à moins qu'ils ne dénoncent le présent Protocole, conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 12, six mois au moins avant l'entrée en vigueur de cet amendement. Cette dénonciation prend effet lorsque l'amendement entre en vigueur.

10. Lorsqu'un amendement a été adopté mais que le délai d'acceptation de dix-huit mois n'a pas encore expiré, tout Etat devenant Etat contractant durant cette période est lié par l'amendement si celui-ci entre en vigueur. Un Etat qui devient Etat contractant après expiration de ce délai est lié par tout amendement qui a été accepté conformément au paragraphe 7. Dans les cas visés par le présent paragraphe, un Etat est lié par un amendement à compter de la date d'entrée en vigueur de l'amendement

besondere den Umfang der daraus entstandenen Schäden, die Geldwertveränderungen sowie die Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderung auf die Versicherungskosten.

(6)

a) Eine Änderung der Höchstbeträge aufgrund dieses Artikels darf frühestens fünf Jahre nach dem Tag, an dem dieses Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, und frühestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten einer früheren Änderung aufgrund dieses Artikels beraten werden.

b) Ein Höchstbetrag darf nicht so weit erhöht werden, daß er den Betrag übersteigt, der dem in dem Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung festgesetzten Höchstbetrag, zuzüglich 6 v.H. pro Jahr, errechnet nach dem Zinseszinsprinzip von dem Tag an, an dem das Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, entspricht.

c) Ein Höchstbetrag darf nicht so weit erhöht werden, daß er den Betrag übersteigt, der dem Dreifachen des in dem Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung festgesetzten Höchstbetrags entspricht.

(7) Die Organisation notifiziert allen Vertragsstaaten jede nach Absatz 4 beschlossene Änderung. Die Änderung gilt nach Ablauf einer Frist von achtzehn Monaten nach dem Tag der Notifikation als angenommen, sofern nicht innerhalb dieser Frist mindestens ein Viertel der Staaten, die zur Zeit der Beschlußfassung über die Änderung Vertragsstaaten waren, dem Generalsekretär mitgeteilt haben, daß sie die Änderung nicht annehmen; in diesem Fall ist die Änderung abgelehnt und wird nicht wirksam.

(8) Eine nach Absatz 7 als angenommen geltende Änderung tritt achtzehn Monate nach ihrer Annahme in Kraft.

(9) Alle Vertragsstaaten sind durch die Änderung gebunden, sofern sie nicht dieses Protokoll nach Artikel 12 Absätze 1 und 2 spätestens sechs Monate vor Inkrafttreten der Änderung kündigen. Die Kündigung wird mit Inkrafttreten der Änderung wirksam.

(10) Ist eine Änderung beschlossen worden, die Frist von achtzehn Monaten für ihre Annahme jedoch noch nicht abgelaufen, so ist ein Staat, der während dieser Frist Vertragsstaat wird, durch die Änderung gebunden, falls sie in Kraft tritt. Ein Staat, der nach Ablauf dieser Frist Vertragsstaat wird, ist durch eine Änderung, die nach Absatz 7 angenommen worden ist, gebunden. In den in diesem Absatz genannten Fällen ist ein Staat durch eine Änderung gebunden, sobald diese Ände-

enters into force, or when this Protocol enters into force for that State, if later.

Article 9

1. The Convention and this Protocol shall, as between the Parties to this Protocol, be read and interpreted together as one single instrument.

2. A State which is Party to this Protocol but not a Party to the Convention shall be bound by the provisions of the Convention as amended by this Protocol in relation to other States Parties hereto, but shall not be bound by the provisions of the Convention in relation to States Parties only to the Convention.

3. The Convention as amended by this Protocol shall apply only to claims arising out of occurrences which take place after the entry into force for each State of this Protocol.

4. Nothing in this Protocol shall affect the obligations of a State which is a Party both to the Convention and to this Protocol with respect to a State which is a Party to the Convention but not a Party to this Protocol.

Final Clauses

Article 10

Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1. This Protocol shall be open for signature at the Headquarters of the Organization from 1 October 1996 to 30 September 1997 by all States.

2. Any State may express its consent to be bound by this Protocol by:

- (a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or
- (b) signature subject to ratification, acceptance or approval followed by ratification, acceptance or approval; or
- (c) accession.

3. Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

4. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the Convention as amended by this Protocol shall be deemed to apply to the Convention so amended, as modified by such amendment.

ou de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole à l'égard de cet Etat, si cette dernière date est postérieure.

Article 9

1. La Convention et le présent Protocole sont, entre les Parties au présent Protocole, considérés et interprétés comme formant un seul instrument.

2. Un Etat qui est Partie au présent Protocole mais n'est pas Partie à la Convention est lié par les dispositions de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole à l'égard des autres Etats Parties au Protocole, mais n'est pas lié par les dispositions de la Convention à l'égard des Etats Parties uniquement à la Convention.

3. La Convention telle que modifiée par le présent Protocole ne s'applique qu'aux créances nées d'événements postérieurs à l'entrée en vigueur, pour chaque Etat, du présent Protocole.

4. Aucune des dispositions du présent Protocole ne porte atteinte aux obligations qu'a un Etat Partie à la fois à la Convention et au présent Protocole à l'égard d'un Etat qui est Partie à la Convention mais qui n'est pas Partie au présent Protocole.

Clauses Finales

Article 10

Signature, ratification, acceptance, approbation et adhésion

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les Etats au Siège de l'Organisation du 1^{er} octobre 1996 au 30 septembre 1997.

2. Tout Etat peut exprimer son consentement à être lié par le présent Protocole par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- c) adhésion.

3. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4. Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur d'un amendement à la Convention telle que modifiée par le présent Protocole est réputé s'appliquer à la Convention ainsi modifiée et telle que modifiée par ledit amendement.

rung in Kraft tritt oder sobald dieses Protokoll für diesen Staat in Kraft tritt, falls dieser Zeitpunkt später liegt.

Artikel 9

(1) Das Übereinkommen und dieses Protokoll sind im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls als ein Vertragswerk anzusehen und auszulegen.

(2) Ein Staat, der Vertragspartei dieses Protokolls, aber nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, ist durch das Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung im Verhältnis zu den anderen Vertragsparteien dieses Protokolls gebunden; im Verhältnis zu den Staaten, die Vertragsparteien nur des Übereinkommens sind, ist er jedoch durch das Übereinkommen nicht gebunden.

(3) Das Übereinkommen in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung gilt nur für Ansprüche, die aus Vorfällen nach dem Inkrafttreten dieses Protokolls für jeden Staat entstanden sind.

(4) Dieses Protokoll läßt die Verpflichtungen eines Staates, der Vertragspartei sowohl des Übereinkommens als auch dieses Protokolls ist, gegenüber einem Staat, der Vertragspartei des Übereinkommens, nicht jedoch dieses Protokolls ist, unberührt.

Schlußbestimmungen

Artikel 10

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt vom 1. Oktober 1996 bis zum 30. September 1997 am Sitz der Organisation für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Jeder Staat kann seine Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken.

- a) indem er es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet,
- b) indem er es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet und danach ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder
- c) indem er ihm beitrifft.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

(4) Jede Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, die nach dem Inkrafttreten einer Änderung des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung hinterlegt wird, gilt für das so geänderte Übereinkommen in der Fassung der Änderung.

Article 11**Entry into force**

1. This Protocol shall enter into force ninety days following the date on which ten States have expressed their consent to be bound by it.

2. For any State which expresses its consent to be bound by this Protocol after the conditions in paragraph 1 for entry into force have been met, this Protocol shall enter into force ninety days following the date of expression of such consent.

Article 12**Denunciation**

1. This Protocol may be denounced by any State Party at any time after the date on which it enters into force for that State Party.

2. Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument of denunciation with the Secretary-General.

3. A denunciation shall take effect twelve months, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its deposit with the Secretary-General.

4. As between the States Parties to this Protocol, denunciation by any of them of the Convention in accordance with article 19 thereof shall not be construed in any way as a denunciation of the Convention as amended by this Protocol.

Article 13**Revision and amendment**

1. A conference for the purpose of revising or amending this Protocol may be convened by the Organization.

2. The Organization shall convene a conference of Contracting States to this Protocol for revising or amending it at the request of not less than one-third of the Contracting States.

Article 14**Depositary**

1. This Protocol and any amendments adopted under article 8 shall be deposited with the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed or acceded to this Protocol of:

(i) each new signature or deposit of an instrument together with the date thereof;

(ii) each declaration and communication under article 8, paragraph 2 of

Article 11**Entrée en vigueur**

1. Le présent Protocole entre en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date à laquelle dix Etats ont exprimé leur consentement à être liés par lui.

2. Pour tout Etat qui exprime son consentement à être lié par le présent Protocole après que les conditions d'entrée en vigueur prévues au paragraphe 1 ont été remplies, le présent Protocole entre en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date à laquelle ce consentement a été exprimé.

Article 12**Dénunciation**

1. Le présent Protocole peut être dénoncé par l'un quelconque des Etats Parties à tout moment à compter de la date à laquelle il entre en vigueur à l'égard de cet Etat Partie.

2. La dénonciation s'effectue par le dépôt d'un instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général.

3. La dénonciation prend effet douze mois après la date du dépôt de l'instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée dans cet instrument.

4. Entre les Etats Parties au présent Protocole, la dénonciation par l'un quelconque d'entre eux de la Convention en vertu de l'article 19 de ladite convention n'est en aucun cas interprétée comme une dénonciation de la Convention, telle que modifiée par le présent Protocole.

Article 13**Révision et modification**

1. L'Organisation peut convoquer une conférence ayant pour objet de réviser ou de modifier le présent Protocole.

2. L'Organisation convoque une conférence des Etats contractants au présent Protocole, ayant pour objet de le réviser ou de le modifier, à la demande du tiers au moins des Etats contractants.

Article 14**Dépositaire**

1. Le présent Protocole et tous les amendements adoptés en vertu de l'article 8 sont déposés auprès du Secrétaire général.

2. Le Secrétaire général:

a) informe tous les Etats qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument, et de la date à laquelle cette signature ou ce dépôt sont intervenus;

ii) de toute déclaration et communication effectuées en vertu du para-

Artikel 11**Inkrafttreten**

(1) Dieses Protokoll tritt 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem zehn Staaten ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Protokoll gebunden zu sein.

(2) Für jeden Staat, der seine Zustimmung ausdrückt, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, nachdem die in Absatz 1 vorgesehenen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt worden sind, tritt das Protokoll 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem er die Zustimmung ausgedrückt hat.

Artikel 12**Kündigung**

(1) Dieses Protokoll kann von jedem Staat, der Vertragspartei ist, jederzeit gekündigt werden, nachdem es für ihn in Kraft getreten ist.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

(3) Die Kündigung wird nach Ablauf von 12 Monaten oder eines längeren in der Kündigungsurkunde genannten Zeitabschnitts nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

(4) Im Verhältnis zwischen den Staaten, die Vertragsparteien dieses Protokolls sind, wird eine Kündigung des Übereinkommens durch einen von ihnen nach Artikel 19 des Übereinkommens nicht als Kündigung des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung ausgelegt.

Artikel 13**Revision und Änderung**

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Die Organisation beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zu seiner Revision oder Änderung ein, wenn mindestens ein Drittel der Vertragsstaaten dies verlangt.

Artikel 14**Verwahrer**

(1) Dieses Protokoll und alle nach Artikel 8 angenommenen Änderungen werden beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind,

i) von jeder weiteren Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Urkunde unter Angabe des Zeitpunkts der Unterzeichnung oder Hinterlegung;

ii) von jeder Erklärung und Mitteilung nach Artikel 8 Absatz 2 des Über-

- the Convention as amended by this Protocol, and article 8, paragraph 4 of the Convention;
- (iii) the date of entry into force of this Protocol;
- (iv) any proposal to amend limits which has been made in accordance with article 8, paragraph 1;
- (v) any amendment which has been adopted in accordance with article 8, paragraph 4;
- (vi) any amendment deemed to have been accepted under article 8, paragraph 7, together with the date on which that amendment shall enter into force in accordance with paragraphs 8 and 9 of that article;
- (vii) the deposit of any instrument of denunciation of this Protocol together with the date of the deposit and the date on which it takes effect;
- (b) transmit certified true copies of this Protocol to all Signatory States and to all States which accede to this Protocol.
3. As soon as this Protocol enters into force, the text shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.
- graphe 2 de l'article 8 de la Convention telle que modifiée par le présent Protocole et en vertu du paragraphe 4 de l'article 8 de la Convention;
- iii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;
- iv) de toute proposition visant à modifier les limites qui a été présentée conformément au paragraphe 1 de l'article 8;
- v) de tout amendement qui a été adopté conformément au paragraphe 4 de l'article 8;
- vi) de tout amendement qui est réputé avoir été accepté en vertu du paragraphe 7 de l'article 8, ainsi que de la date à laquelle cet amendement entre en vigueur, conformément aux paragraphes 8 et 9 de cet article;
- vii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole, ainsi que de la date à laquelle ce dépôt est intervenu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet;
- b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les Etats signataires et à tous les Etats qui y adhèrent.
3. Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet le texte au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.
- einkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung sowie nach Artikel 8 Absatz 4 des Übereinkommens;
- iii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;
- iv) von jedem nach Artikel 8 Absatz 1 gemachten Vorschlag zur Änderung der Höchstbeträge;
- v) von jeder nach Artikel 8 Absatz 4 beschlossenen Änderung;
- vi) von jeder nach Artikel 8 Absatz 7 als angenommen geltenden Änderung unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem die Änderung nach Artikel 8 Absätze 8 und 9 in Kraft treten wird;
- vii) von jeder Hinterlegung einer Urkunde zur Kündigung dieses Protokolls unter Angabe des Zeitpunkts der Hinterlegung und des Zeitpunkts, an dem die Kündigung wirksam wird;
- b) übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.
- (3) Sobald dieses Protokoll in Kraft tritt, übermittelt der Generalsekretär dem Sekretariat der Vereinten Nationen den Wortlaut zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Article 15

Languages

This Protocol is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at London this second day of May one thousand nine hundred and ninety-six.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Protocol.

Article 15

Langues

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, tous les textes faisant également foi.

Fait à Londres ce deux mai mil neuf cent quatre-vingt seize.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont apposé leur signature au présent Protocole.

Artikel 15

Sprachen

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu London am 2. Mai 1996.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieser Protokoll unterschrieben.

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (im Folgenden: Protokoll) beinhaltet Änderungen des für die Bundesrepublik Deutschland am 1. September 1987 in Kraft getretenen (BGBl. 1987 II S. 407) Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (BGBl. 1986 II S. 786; im Folgenden: Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976). Das Protokoll wurde am 2. Mai 1996 in London auf einer Diplomatischen Konferenz bei der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (International Maritime Organization – IMO) verabschiedet.

Das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 enthält für seine zur Zeit mehr als 30 Vertragsstaaten einheitliche Regeln über die Haftungsbeschränkung für Seeforderungen, die im Einzelnen näher bestimmt sind. Es erscheint aus zwei Gründen reformbedürftig:

Einmal sind die durch das Übereinkommen festgeschriebenen Haftungshöchstbeträge aufgrund der inzwischen eingetretenen Geldwertminderung sowie eines generell festzustellenden Anstiegs der Beiträge, die für die Beseitigung eines Schadens aufzuwenden sind, nicht mehr ausreichend. Mit dem Protokoll werden daher die im Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 festgesetzten Haftungshöchstbeträge für Seeforderungen allgemein erhöht. Die Haftungshöchstbeträge für kleinere Schiffe werden dabei überdurchschnittlich angehoben, um sicherzustellen, dass auch die durch kleinere Schiffe verursachten, zum Teil beträchtlichen Schäden zukünftig regelmäßig aus den Haftungssummen ersetzt werden können, die sich in Anwendung des Protokolls ergeben.

Für Ansprüche wegen des Todes oder der Körperverletzung von Reisenden werden die Haftungshöchstbeträge auf das Niveau angehoben, das in dem Protokoll von 1990 zur Änderung des Athener Übereinkommens von 1974 über die Beförderung von Passagieren und ihrem Gepäck auf See vorgesehen ist. Die bei solchen Schäden im Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 festgelegte absolute Obergrenze der Haftung je Schadensereignis in Höhe von 25 Millionen Rechnungseinheiten wird durch das Protokoll aufgehoben.

Zum anderen ist es erforderlich, das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 an neuere seerechtliche Entwicklungen anzupassen. Zwischenzeitlich wurde das Internationale Übereinkommen von 1996 über Haftung und Entschädigung für Schäden bei der Beförderung schädlicher und gefährlicher Stoffe auf See (HNS-Übereinkommen) verabschiedet. Das noch nicht in Kraft getretene, bisher von acht Staaten – darunter auch Deutschland – gezeichnete HNS-Übereinkommen enthält ein spezielles Haftungsregime, das auf die Besonderheiten der Gefahrguttransporte abgestimmt ist. Da jedoch nach der bisherigen Rechtslage die Haftungsbegrenzung bei Gefahrgutschäden dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen unterfällt, ist dieses dahin gehend zu ändern, dass den zukünftigen Vertragsstaaten des HNS-Übereinkommens ermöglicht wird, die Haftungsbeschränkung

bei Gefahrgutschäden aus dem Anwendungsbereich des Haftungsbeschränkungsübereinkommens herauszunehmen. Das Protokoll sieht deshalb die Möglichkeit vor, einen entsprechenden Vorbehalt zu formulieren. Damit wird den Vertragsstaaten die Möglichkeit eröffnet, in völkerrechtskonformer Weise die Haftungsbegrenzung bei Gefahrgutschäden einem gesonderten Haftungsregime zu unterstellen.

Eine weitere Aktualisierung durch das Protokoll betrifft die ausdrückliche Einbeziehung von Ansprüchen auf Sondervergütung nach Artikel 14 des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung in den Katalog der Ansprüche, die von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind.

Das Protokoll sieht ein vereinfachtes Verfahren zur Änderung der Haftungshöchstbeträge vor. Danach bedürfen solche Anpassungen innerhalb bestimmter Grenzen keines eigenständigen völkerrechtlichen Übereinkommens der Vertragsstaaten, wenn sie mit qualifizierter Mehrheit nach einem im Protokoll näher ausgestalteten Verfahren im Rechtsausschuss der IMO beschlossen worden sind.

Das Protokoll tritt 90 Tage nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittserklärung in Kraft. Bisher ist es einschließlich Deutschland von neun Staaten gezeichnet worden. Unter diesen Staaten befinden sich auch weitere Nationen, die für den Schiffsverkehr wichtig sind, wie etwa das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Niederlande. Eine Ratifikationsurkunde wurde bislang von der Russischen Föderation und dem Vereinigten Königreich hinterlegt.

Bei einer Ratifikation des Protokolls erscheint es geboten, das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls zu kündigen, so dass danach zwischen Deutschland als Vertragsstaat des Haftungsbeschränkungsübereinkommens in der Fassung des Protokolls von 1996 und denjenigen Staaten, die nur das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 ratifiziert haben, keine einschlägigen vertraglichen Bindungen fortbestehen. Auf diese Weise werden einheitlich höhere Haftungsbeträge ermöglicht. Dies ist nicht nur in der Sache angezeigt, sondern vermeidet insbesondere auch die Rechtsunsicherheit, die aus an den Sitz des Schiffseigentümers oder an die Flagge des Schiffes anknüpfenden unterschiedlichen Haftungshöchstbeträgen resultieren würde.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel legt die Begriffe „Übereinkommen“, „Organisation“ und „Generalsekretär“ im Sinne des Protokolls fest.

Zu Artikel 2

Artikel 2 des Protokolls ergänzt Artikel 3 Buchstabe a des Übereinkommens, der Ansprüche aus Bergung oder Hilfeleistung von dem Anwendungsbereich der Haftungsbeschränkung ausnimmt, ausdrücklich um etwaige An-

sprüche auf Sondervergütung nach Artikel 14 des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung in seiner jeweiligen Fassung.

Diese Änderung soll einen Meinungsstreit beilegen, der durch die Fortentwicklung des internationalen Bergungsrechts aufgetreten ist. Nach der internationalen Rechtslage bei Verabschiedung des Haftungsbeschränkungsübereinkommens im Jahre 1976 waren Ansprüche auf Bergelohn prinzipiell nur bei erfolgreichen Bergungsmaßnahmen begründet („no cure no pay“, Artikel 2 Abs. 2 des Internationalen Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfsleistung und Bergung in Seenot von 1910). Das Bergungsübereinkommen von 1989 belässt es zwar in seinem Artikel 12 grundsätzlich bei dieser Regel, begründet aber daneben durch seinen Artikel 14 einen Anspruch auf sog. Sondervergütung für fehlgeschlagene Bergungsmaßnahmen, wenn diese der Abwehr einer Gefahr für die Umwelt dienen. Ob auch dieser Anspruch als ein der Haftungsbeschränkung nicht unterworfener „Anspruch aus Bergung oder Hilfeleistung“ im Sinne des Artikels 3 Buchstabe a des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 einzuordnen ist, wurde unterschiedlich beantwortet. Das Protokoll soll nunmehr sicherstellen, dass auch diese Ansprüche auf Sondervergütung nicht der Haftungsbeschränkung nach dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen unterliegen. Wie die Formulierung „einschließlich“ („including“, „y compris“) erkennen lässt, wird die Ergänzung von dem Protokoll als lediglich deklaratorische Klarstellung verstanden.

Zu Artikel 3

Artikel 3 des Protokolls ändert Artikel 6 Abs. 1 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976. Diese Bestimmung legt die Grundsätze zur Berechnung der Haftungshöchstbeträge fest. Die Haftungshöchstsumme errechnet sich danach aus dem Raumgehalt des Schiffes multipliziert mit der festgesetzten, nach Tonnen gestaffelten Zahl von Rechnungseinheiten, die in Artikel 8 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens als Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (SZR) definiert sind. Die Haftungshöchstbeträge bauen auf einem konstanten Sockel einer bestimmten Mindesttonnage auf. Über den Sockel hinaus ist die Zahl der anzusetzenden Rechnungseinheiten degressiv nach Tonnagestufen gestaffelt. Der konkrete Haftungshöchstbetrag setzt sich aus dem Sockelbetrag und den innerhalb der Tonnagestufen berechneten Beträgen zusammen. Dabei wird zwischen Ansprüchen wegen Tod oder Körperverletzung und sonstigen Ansprüchen unterschieden.

Artikel 3 des Protokolls lässt diese Prinzipien unberührt, erhöht aber insbesondere den Sockelbetrag und die je Tonne anzusetzende Zahl der Rechnungseinheiten:

Der Sockel wird von 500 t und einem Haftungshöchstbetrag von 333 000 Rechnungseinheiten bei Tod oder Körperschäden bzw. 167 000 Rechnungseinheiten bei sonstigen Ansprüchen auf 2 000 t und einen Haftungshöchstbetrag von 2 Mio. bzw. 1 Mio. Rechnungseinheiten angehoben. Bei einem Wert des Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds in Euro von 1,30197 Euro (dies war der Kurs am 29. August 1999) entspricht dies einem Betrag von 2 603 940 Euro (umgerechnet etwa 5 092 864 DM) bzw. 1 301 970 Euro (umgerechnet etwa 2 546 432 DM). Bei Schiffen bis zu 2 000 t Raumgehalt ergibt sich daraus überwiegend eine überdurchschnitt-

liche Anhebung der Haftungshöchstbeträge – so bei einem Schiff mit 500 t um den Faktor 6. Diese soll gewährleisten, dass auch die durch kleinere Schiffe verursachten, oft beträchtlichen Schäden in der Regel aus der angehobenen Haftungssumme ersetzt werden können.

Die je Tonne Raumgewicht anzusetzende Zahl der Rechnungseinheiten wird durchschnittlich um den Faktor 2,4 angehoben, und zwar bei Ansprüchen wegen Tod oder Körperschäden bis 30 000 t Raumgewicht von 333 auf 800 Rechnungseinheiten je Tonne, bis 70 000 t von 250 auf 600 Rechnungseinheiten je Tonne und über 70 000 t von 167 auf 400 Rechnungseinheiten je Tonne. Bei sonstigen Ansprüchen erhöht sich die Zahl der Rechnungseinheiten in den Tonnagestufen von 167 auf 400, von 125 auf 300 und von 83 auf 200 je Tonne. Die bei Ansprüchen wegen Tod oder Körperverletzung in Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe a Ziffer ii des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 vorgesehene zusätzliche Betragsstufe von 501 bis 3 000 t Raumgewicht wird durch das Protokoll im Hinblick auf die Anhebung des Sockelbetrages gestrichen.

Bei einem Frachtschiff mittlerer Größe mit einem Raumgehalt von 18 000 t ergibt sich damit ein Haftungshöchstbetrag für Ansprüche wegen Tod oder Körperverletzung von 14,8 Mio. SZR (rund 19,3 Mio. Euro oder 37,69 Mio. DM) nach dem Protokoll gegenüber rund 6,6 Mio. SZR (rund 8,6 Mio. Euro oder 16,80 Mio. DM) nach dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 sowie für sonstige Ansprüche von 7,4 Mio. SZR (rund 9,64 Mio. Euro oder 18,84 Mio. DM) nach dem Protokoll gegenüber rund 3,1 Mio. SZR (rund 4,04 Mio. Euro oder 7,9 Mio. DM) nach dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976.

Zu Artikel 4

Artikel 4 des Protokolls ändert Artikel 7 Abs. 1 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976, der für Ansprüche von Passagieren wegen Personenschäden einen gesonderten Haftungshöchstbetrag festsetzt.

Zum einen wird durch das Protokoll der Haftungshöchstbetrag je Schadensereignis von 46 666 Rechnungseinheiten auf 175 000 Rechnungseinheiten, jeweils multipliziert mit der Anzahl der Reisenden, die das Schiff nach dem Schiffszeugnis befördern darf, erhöht. Dies bedeutet eine Anhebung der Haftungshöchstbeträge um den Faktor 3,75. Die erhöhten Beträge entsprechen dem Protokoll von 1990 zur Änderung des Athener Übereinkommens von 1974 über die Beförderung von Passagieren und ihrem Gepäck auf See. Dieses Änderungsprotokoll ist zwar völkerrechtlich noch nicht in Kraft getreten. Es bestand jedoch Einvernehmen darüber, dass die darin festgelegten Haftungssummen Richtschnur auch für die Höchstbeträge sein sollen, die für die globale Haftungsbeschränkung gelten.

Zum anderen wird die im Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 festgelegte absolute Haftungshöchstgrenze von 25 Mio. Rechnungseinheiten durch das Protokoll aufgehoben. Bei Schiffsunfällen größeren Ausmaßes kann eine solche maximale Haftungsobergrenze zu einer weiteren Beschränkung der Ersatzansprüche auf ein nicht mehr hinnehmbares Maß führen. Diese zusätzliche Begrenzung der Haftung speziell bei Passagierschäden stieß daher zunehmend auf Kritik. Die Interessen des zur Haftungsbeschränkung befugten Beförderers werden durch die Aufhebung der absoluten Obergrenze nicht

unangemessen beeinträchtigt, da auch zukünftig durch die nach der Zahl der Reisenden bemessene Haftungsbeschränkungsregelung das Haftungsrisiko auf einer zumutbaren Höhe kalkulierbar und damit auch versicherbar bleibt.

So errechnet sich beispielsweise für ein Ro/Ro-Fahrgastschiff, das für 1 000 Passagiere zugelassen ist, nach dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 ein Haftungshöchstbetrag von rund 46,7 Mio. SZR, der aber wegen der Kappungsgrenze, die Artikel 7 Abs. 1 a.E. des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 vorsieht, auf 25 Mio. SZR begrenzt wird. Dagegen werden die 175 Mio. SZR, die sich nach dem Protokoll errechnen, wegen des Fortfalls der Kappungsgrenze voll berücksichtigt. Danach ergibt sich in dem Beispielsfall nach dem Protokoll von 1996 ein neuer Haftungshöchstbetrag von rund 227,85 Mio. Euro (umgerechnet rund 445,63 Mio. DM) gegenüber nur rund 32,55 Mio. Euro (umgerechnet rund 63,66 Mio. DM) nach dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976.

Zu Artikel 5

Artikel 5 des Protokolls vollzieht durch Änderung von Artikel 8 Abs. 2 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 die Erhöhung der Haftungshöchstbeträge auch für solche Vertragsstaaten, die nicht Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind und deren Recht die Anwendung des Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds als Rechnungseinheit nicht zulässt. Für diese Staaten wird auf eine sog. Werteinheit zurückgegriffen, die gemäß Artikel 8 Abs. 3 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens dem traditionellen Goldfranken entspricht. Die Veränderungen und die Höhe der so berechneten Haftungshöchstbeträge entsprechen den in Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds berechneten Beträgen nach den Artikeln 6 und 7 des Übereinkommens in der Fassung des Protokolls.

Zu Artikel 6

Artikel 6 des Protokolls fügt in Artikel 15 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 einen ergänzenden Absatz 3^{bis} ein. Damit erhalten die Vertragsstaaten die Möglichkeit, durch Vorschriften ihres innerstaatlichen Rechts für Passagieransprüche im Sinne von Artikel 7 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens einen höheren Betrag als den durch Artikel 4 des Protokolls bereits angehobenen Haftungshöchstbetrag vorzusehen oder auf eine Haftungsbeschränkung für diese Anspruchs-kategorie ganz zu verzichten. Diese Ermächtigung wurde auf eine Initiative Japans aufgenommen, das die Erhöhung der Haftungshöchstbeträge durch das Protokoll für ungenügend hielt. Da nach Auffassung der Bundesregierung die Haftungshöchstbeträge durch das Protokoll auf ein angemessenes Niveau angehoben werden, soll – nicht zuletzt auch zur Wahrung der internationalen Rechtseinheit – von der Möglichkeit des Artikels 6 des Protokolls kein Gebrauch gemacht werden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 des Protokolls ergänzt Artikel 18 Abs. 1 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens um eine weitere Vorbehaltsmöglichkeit. Die Vertragsstaaten können sich nach dem neuen Buchstaben b jederzeit vorbehalten, die Ansprüche wegen Gefahrgutschäden nach dem HNS-

Übereinkommen aus dem Anwendungsbereich des Haftungsbeschränkungsübereinkommens in der Fassung des Protokolls auszuschließen. Diese Regelung war ein weiterer wesentlicher Grund für die Revision des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976. Denn Gefahrgutschäden fallen derzeit in den Anwendungsbereich des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976. Diejenigen Staaten, die Vertragsstaaten des HNS-Übereinkommens werden wollen, mussten daher die Möglichkeit erhalten, die Haftungsbeschränkung für Gefahrgutschäden nach dem HNS-Übereinkommen aus dem allgemeinen Regime des Haftungsbeschränkungsübereinkommens herauszunehmen und in völkerrechtlich nicht zu beanstandender Weise ausschließlich dem besonderen Regime des HNS-Übereinkommens zu unterstellen. Die Bundesregierung, die das HNS-Übereinkommen unterstützt, beabsichtigt, den Vorbehalt im Zusammenhang mit einer Ratifizierung des HNS-Übereinkommens zu erklären.

Die den Staaten bereits nach Artikel 18 Abs. 1 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 eingeräumte Möglichkeit, die Anwendung des Übereinkommens auf Wrackbeseitigungsansprüche im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Buchstabe d und e des Übereinkommens auszuschließen, besteht auch nach Artikel 18 Abs. 1 Buchstabe a des Haftungsbeschränkungsübereinkommens in der Fassung des Protokolls fort. Deutschland hatte einen entsprechenden Vorbehalt zum Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 erklärt, denn die Kosten der Beseitigung von Wracks und gesunkener Ladung sind erfahrungsgemäß sehr hoch und die anteilige Befriedigung derartiger Ansprüche zusammen mit sonstigen Seeforderungen aus einer einheitlichen Haftungshöchstsumme würde einerseits der öffentlichen Hand, die in der Regel Gläubiger solcher Kostenansprüche ist, keinen angemessenen Ausgleich bieten und andererseits die Befriedigung der Gläubiger sonstiger Ansprüche erheblich beeinträchtigen. Aus diesem Grunde ist mit § 487 HGB eine gesonderte Haftungssumme für Ansprüche dieser Art bereitgestellt worden. Diese Bewertung der Sachlage besteht fort. Es ist deshalb angezeigt, von dieser Vorbehaltsmöglichkeit auch unter der Geltung des Protokolls Gebrauch zu machen.

Zu Artikel 8

Artikel 8 des Protokolls richtet ein vereinfachtes Verfahren für die Änderung der Haftungshöchstbeträge ein. Die Erfahrungen mit dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976, aber auch mit anderen Haftungsübereinkommen haben gezeigt, dass die vorgesehenen Höchstbeträge wegen Minderung des Geldwertes oder einer generellen Erhöhung des Schadenaufwands unzureichend werden können. Die Anpassung der Höchstbeträge an die wirtschaftliche Entwicklung in der Form eines Änderungsprotokolls zum Übereinkommen ist nicht nur sehr zeit- und arbeitsaufwendig, sondern kann vor allen Dingen zur Rechtszersplitterung führen, weil ein Vertragsstaat nicht verpflichtet ist, ein solches Änderungsprotokoll zu ratifizieren. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat deshalb mit Resolution vom 16. September 1982 (A/RES/37/107) empfohlen, einen von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Entwurf eines vereinfachten Verfahrens zur Anpassung von Haftungsbeträgen zur Übernahme in internationale Haftungsübereinkom-

men zu übernehmen. Diesem Entwurf entspricht das in Artikel 8 vorgesehene Verfahren, das auch an das Vorbild des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1994 II S. 1150) anknüpft.

Nach Absatz 1 wird das Anpassungsverfahren auf Initiative von mindestens der Hälfte, aber nicht weniger als sechs Vertragsstaaten des Protokolls eingeleitet. Nach Absatz 2 finden die Verhandlungen im Rechtsausschuss der IMO statt. Über den Antrag wird frühestens sechs Monate nach dessen Eingang beraten. Alle Vertragsstaaten des Haftungsbeschränkungsübereinkommens in der durch das Protokoll geänderten Fassung, gleichgültig ob sie Mitglieder der IMO sind oder nicht, haben das Recht, an den Beratungen des Rechtsausschusses teilzunehmen (Absatz 3).

Absatz 4 soll sicherstellen, dass Betragsänderungen von einer breiten Mehrheit getragen werden. Diesbezügliche Beschlüsse müssen hiernach mit Zwei-Drittel-Mehrheit derjenigen Vertragsstaaten des Protokolls, die während der Abstimmung anwesend sind und an ihr teilnehmen, gefasst werden, wobei wenigstens die Hälfte der Vertragsstaaten des Protokolls bei der Abstimmung anwesend sein muss. Dieses Mehrheitserfordernis ist bei diplomatischen Konferenzen üblich.

Absatz 5 nennt inhaltliche Leitlinien für eine Neufestsetzung der Höchstbeträge. Absatz 6 enthält weitere Sicherungen zum Schutz der Minderheiteninteressen. Die Regelung des Buchstabens a legt fest, wann ein Änderungsverfahren frühestens eingeleitet werden darf. Buchstabe b sieht einen zinsähnlichen jährlichen Prozentsatz vor, der bei der jeweiligen Erhöhung nicht überschritten werden darf. Buchstabe c schreibt schließlich eine Obergrenze fest, die ein neuer Haftungshöchstbetrag im vereinfachten Änderungsverfahren nicht überschreiten darf.

Auch Absatz 7 dient dem Schutz der überstimmten Minderheit. Danach kann der Beschluss, die Haftungshöchstbeträge zu erhöhen, durch den Widerspruch von mindestens einem Viertel der Vertragsstaaten innerhalb von 18 Monaten zu Fall gebracht werden. Sonst gilt der Beschluss als angenommen und tritt gemäß Absatz 8 nach Ablauf einer weiteren Frist von 18 Monaten in Kraft. Diese Zeiträume wurden für erforderlich gehalten, um Staaten, in denen dies aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich ist, die Möglichkeit zu geben, die beschlossenen Änderungen innerstaatlich umzusetzen. Im Ergebnis bedeuten die Fristen, dass eine Änderung der Haftungsbeträge frühestens 42 Monate nach Stellung des Antrags wirksam werden kann.

Zentrale Regelung des vereinfachten Änderungsverfahrens ist Absatz 9, nach dem der Änderungsbeschluss für alle Vertragsstaaten verbindlich ist, sofern sie nicht das Protokoll spätestens sechs Monate vor Inkrafttreten der Änderung kündigen. Auf diese Weise wird eine weitere Rechtszersplitterung vermieden.

Absatz 10 sieht schließlich vor, dass ein Staat, der zeitlich nach dem Änderungsbeschluss im Rechtsausschuss der IMO Vertragsstaat des Protokolls wird, an den Änderungsbeschluss gebunden ist.

Zu Artikel 9

Artikel 9 des Protokolls regelt das Verhältnis zwischen der ursprünglichen Fassung des Haftungsbeschränkungs-

übereinkommens von 1976 und seiner durch das Protokoll geänderten Fassung.

Nach Absatz 1 bildet das Protokoll zusammen mit dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen ein einheitliches Vertragswerk und ist einheitlich auszulegen. Gemäß Absatz 3 hat das Protokoll keine Rückwirkung.

Die Absätze 2 und 4 befassen sich mit den Rechtsfolgen im Schnittfeld verschiedener Fassungen des Übereinkommens. Absatz 4 bekräftigt im Einklang mit allgemeinem Völkervertragsrecht, dass die Verpflichtungen eines Staates, der Vertragspartei sowohl des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 als auch des Protokolls ist, gegenüber einem Staat, der lediglich Partei des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976, nicht aber des Protokolls ist, unverändert bleiben, d.h. diesem gegenüber noch die bisherigen niedrigeren Haftungshöchstbeträge angewendet werden müssen. Wie das daraus resultierende gesplante Haftungsregime vermieden werden kann, zeigt Absatz 2: Hiernach bestehen zwischen Staaten, die nur Vertragspartei des Protokolls, und solchen, die lediglich Vertragspartei des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 sind, keine Bindungen aus dem Übereinkommen. Dies ist bedeutsam, wenn ein Vertragsstaat des Protokolls nach Artikel 19 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 4 des Protokolls von der Möglichkeit Gebrauch macht, das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 isoliert zu kündigen. In dieser Konstellation ist für jeden Staat nur eine einheitliche Rechtslage völkerrechtlich verbindlich: entweder die des Protokolls oder die des Übereinkommens. So können die Staaten in ihrem jeweiligen nationalen Recht ein für alle Anwendungsfälle gleichermaßen geltendes Recht vorsehen; nach Sitz des Schiffseigentümers oder Flaggenstaats differenzierende Regelungen auf Grund völkerrechtlicher Vorgaben sind nicht erforderlich. Dies ermöglicht auch Deutschland, sein bisher einheitliches Haftungsregime beizubehalten.

Zu Artikel 10

Artikel 10 des Protokolls enthält übliche Bestimmungen zu Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt. Deutschland hat das Protokoll am 25. April 1997 gezeichnet. Bislang ist es von acht weiteren Staaten – Dänemark, Finnland, Frankreich, Kanada, Niederlande, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich – gezeichnet worden. Ratifikationsurkunden wurden bisher von der Russischen Föderation und dem Vereinigten Königreich hinterlegt.

Zu Artikel 11

Nach Artikel 11 tritt das Protokoll 90 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem zehn Staaten ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Protokoll gebunden zu sein. Für Staaten, die dem Protokoll nach diesem Zeitpunkt beitreten, tritt das Protokoll 90 Tage nach der entsprechenden Erklärung in Kraft.

Zu Artikel 12

Die Vorschrift regelt die Kündigung des Protokolls. Nach Absatz 1 kann es von jeder Vertragspartei jederzeit gekündigt werden. Die Kündigung wird in Ermangelung einer in der Kündigungserklärung festgesetzten längeren Frist nach Ablauf von 12 Monaten nach Hinterlegung der

Kündigungserklärung beim Generalsekretär der IMO wirksam (Absatz 3).

Absatz 4 stellt klar, dass im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten des Protokolls eine isolierte Kündigung des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 durch einen von ihnen nicht als Kündigung des Haftungsbeschränkungsübereinkommens in der Fassung des Protokolls anzusehen ist; damit wird die Möglichkeit zur isolierten Kündigung lediglich der ursprünglichen Fassung des Übereinkommens von 1976 vorausgesetzt. In der Zusammenschau mit Artikel 9 Abs. 2 des Protokolls folgt hieraus, dass bei einer Kündigung des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 durch Vertragsstaaten des Protokolls für diese nur die durch das Protokoll geschaffene Rechtslage gilt und dass im Verhältnis zwischen diesen Vertragsstaaten des Protokolls und solchen Staaten, die Vertragsstaat nur des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 sind, eine wechselseitige Bindung nicht mehr besteht.

Es erscheint angezeigt, mit Inkrafttreten des Protokolls das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 durch Deutschland zu kündigen, um weiterhin in völkerrechtlich zulässiger Weise ein einheitliches Haftungsbeschränkungsregime beizubehalten: Bis zum Inkrafttreten des Protokolls gelten die Beträge des Übereinkommens von 1976, nach Inkrafttreten die angehobenen Haftungsgrenzen des Protokolls. Würde das Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 nicht gekündigt, bestünde nach Artikel 9 Abs. 4 des Protokolls für Deutschland im Verhältnis zu den Vertragsstaaten des Haftungsbeschrän-

kungsübereinkommens 1976, die das Protokoll nicht oder noch nicht ratifizieren, völkerrechtlich die Verpflichtung, die niedrigeren Beträge der Fassung des Übereinkommens von 1976 innerstaatlich anzuwenden. Folge wäre eine Rechtszersplitterung, indem zum Teil ein dem Protokoll, zum Teil ein dem Haftungsbeschränkungsübereinkommen 1976 entsprechendes Haftungsrecht für Sachverhalte gleicher Art anzuwenden wäre. Eine solche Entwicklung würde die Praktikabilität und Sicherheit der Rechtsanwendung beeinträchtigen und sollte daher durch eine Kündigung des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976 zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls und durch Einführung eines einheitlichen Haftungsregimes, das dem Protokoll entspricht, vermieden werden.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt die Voraussetzungen, unter denen eine Konferenz zur Revision oder Änderung des Protokolls einberufen wird. Die Regelung entspricht Artikel 20 Abs. 1 und 2 des Haftungsbeschränkungsübereinkommens 1976.

Zu Artikel 14

Die Vorschrift regelt die Aufgaben des Depositars.

Zu Artikel 15

Der Artikel erklärt die Fassungen des Protokolls in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen für gleichermaßen verbindlich.

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll von 1996 zur Änderung des Übereinkommens von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen

Der Bundesrat hat in seiner 747. Sitzung am 4. Februar 2000 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.